

DOI: 10.5771/0342-300X-2022-6-465

WSI-Verteilungsbericht 2022: Armut grenzt aus

Einkommensarmut betrifft einen immer größer werdenden Teil der deutschen Bevölkerung. Aber was bedeutet es konkret, in Deutschland arm zu sein? Unter welchen Bedingungen leben Arme und wie bewerten sie ihre Situation? Diesen Fragen geht der diesjährige WSI-Verteilungsbericht nach. Die Befunde zeichnen ein düsteres Bild: Armut geht weit über Einkommensarmut hinaus – sie schränkt gesellschaftliche Teilhabe deutlich ein. Arme haben eine geringere Lebenszufriedenheit und nur ein geringes Vertrauen in das Handeln politischer Akteure. Mit diesem Befund wird klar: Wenn die zunehmende Einkommensarmut weiter ignoriert wird, droht eine Gefahr für unser demokratisches System.¹

DOROTHEE SPANNAGEL, ALINE ZUCCO

1 Einleitung

Armut ist ein soziales Problem, das seit Jahren immer wieder in den öffentlichen und politischen Debatten thematisiert wird. Jüngst ist das Thema vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und dem damit verbundenen starken Preisanstieg für Energie und Güter des täglichen Bedarfs erneut in den Fokus der öffentlichen Berichterstattung gerückt. Dabei war schon lange vor dieser Krise bekannt, dass es zahlreiche Menschen in Deutschland gibt, deren finanzielle Ressourcen nicht ausreichen, um am gesellschaftlichen Leben vollständig teilhaben zu können. Armut ist in einem reichen Land wie Deutschland weit mehr als ein Mangel an finanziellen Ressourcen. Einkommensarmut ist immer – und das ist der konzeptionelle Ausgangspunkt dieses Verteilungsberichts – mit einer Einschränkung der gesellschaftlichen Teilhabe und dem Unterschreiten des soziokulturellen Existenzminimums als einem Mindestmaß an Teilhabe verbunden. Unter gesellschaftlicher Teilhabe wird die vollumfängliche ökonomische, soziale, politische und kulturelle Teilhabe verstanden.

Im Zentrum des vorliegenden Verteilungsberichts steht die Frage: Welche Folgen hat Einkommensarmut – gemessen als verfügbares Haushaltseinkommen von weniger als 60 % des mittleren Einkommens – für die Betroffenen? Es geht darum, aufzuzeigen, unter welchen

Lebensbedingungen Arme in Deutschland leben und wie sie ihre Lebensumstände bewerten. So lässt sich abbilden, mit welchen Einschränkungen gesellschaftlicher Teilhabe Arme umgehen müssen und welche gesamtgesellschaftlichen Folgen sich daraus ergeben.

Der Bericht ist wie folgt gegliedert: Die nächsten beiden Abschnitte legen die theoretische (Abschnitt 2) und methodische Grundlage (3) für die empirischen Analysen. Der daran anschließende Teil liefert den empirischen Hintergrund für die Beantwortung der Forschungsfrage, indem er darstellt, wie sich das Ausmaß an Einkommensarmut (bzw. allgemeiner: an Einkommensungleichheit) in Deutschland seit dem Jahr 2010 entwickelt hat (4). Auf dieser Grundlage werden die Lebenslagen und die materielle Unterversorgung der Armen genauer betrachtet und es wird analysiert, wie die Armen ihre Lebenssituation wahrnehmen und bewerten (4.1 und 4.2). Der Verteilungsbericht schließt mit einem Fazit, in dem die zentralen Ergebnisse kritisch dahingehend unter die Lupe genommen werden, welche Folgen Armut für die deutsche Gesellschaft hat und welche politischen Implikationen sich daraus ergeben (5).

¹ Für äußerst hilfreiche inhaltliche wie stilistische Anmerkungen geht unser Dank an Andreas Hövermann. Eine ausführlichere Version des Verteilungsberichts ist als WSI-Report publiziert (Spannagel/Zucco 2022).

2 Theoretischer Hintergrund

Jeglicher Verwendung des Armutbegriffs liegen normative Entscheidungen zugrunde. Diese offenzulegen und kritisch zu diskutieren, muss ein Baustein jeder Armutsstudie sein. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) seit Kurzem in seinen Publikationen den Begriff „Armut“ gänzlich vermeidet und nur noch von „Niedrigeinkommen“ spricht (etwa Grabka 2022) – was teilweise als ein Schritt begrüßt wurde, „die Verteilungsdebatte in Deutschland ein Stück rationaler werden zu lassen“ (Cremer 2022). Andere bezeichneten diese Entscheidung als eine „resignative Ausklammerung der Armutsfrage“ (Becker et al. 2022, S.103). In der Tat negiert der Begriff „Niedrigeinkommen“ die normative Dimension, die allen Armutskonzepten inhärent ist, und entzieht sich der Forderung nach einer Bekämpfung von Armut als dem „Minimalziel wohlfahrtsstaatlicher Politik“ (Ullrich 2005, S.117). Deswegen wird im WSI-Verteilungsbericht auch weiterhin Armut als solche benannt.

Konzeptioneller Ausgangspunkt des Berichts ist die Armutsdefinition, welche die Europäische Union bereits 1984 vorlegte: „Arm sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist“ (Europäischer Rat 1984, S.1). Ein solches relatives Konzept betrachtet Armut immer in Relation zur Situation in der Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz dazu definieren Konzepte absoluter Armut diese unabhängig von der allgemeinen Verteilung und nehmen zumeist auf das physische Überleben Bezug. Relative Armut wird üblicherweise materiell definiert und methodisch in Einkommensarmut übersetzt. Das Unterschreiten des soziokulturellen Existenzminimums wird hier aus einem Mangel an finanziellen Mitteln abgeleitet und damit auf einen konkreten Geldbetrag – die Armutsgrenze – gebracht. Diese wird in Abhängigkeit zur Verteilung aller Einkommen in der Gesellschaft gebildet und üblicherweise aus dem Medianeinkommen abgeleitet.

Eine solche Armutsgrenze ist damit auch ein Ungleichheitsmaß, da sie relativ an das Wohlstandsniveau einer Gesellschaft gebunden ist – ein Aspekt, der immer wieder in der Kritik steht (vgl. hierzu ausführlich Becker 2017). Die Kopplung an das gesamtgesellschaftliche Wohlstandsniveau ist aber entscheidend, wenn es darum geht, die Teilhabeperspektive von Armut zu berücksichtigen. Wenn die Einkommen einer Gesellschaft steigen, muss auch die Armutsgrenze steigen, da eben auch der materielle Wert für ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe wächst. Die gängige Armutsgrenze, die auch im Verteilungsbericht verwendet wird, liegt bei 60 % des mittleren

Einkommens.² Um darauf aufbauend theoretisch fundiert darstellen zu können, wie sich Einkommensarmut auf das Leben der Betroffenen auswirkt, sind weitere Armutsansätze als konzeptioneller Hintergrund sinnvoll.

Zunächst ist hier das Konzept der materiellen Deprivation zu nennen, das daran anknüpft, dass sich Armut für Betroffene oftmals in einer Unterversorgung mit Grundgütern äußert. Anders als beim Ressourcenansatz spielt hier die konkrete Verwendung des Einkommens eine Rolle, also ob Menschen über bestimmte Grundgüter verfügen bzw. sie sich leisten könnten. Von materieller Deprivation sind all jene Haushalte betroffen, die auf diese Grundgüter verzichten müssen. Haushalte, die sich bewusst gegen eines oder mehrere solcher Güter entscheiden, die z. B. kein Auto haben, sich aber eines leisten könnten, fallen nicht in diese Gruppe. Im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), der Datengrundlage für diesen Verteilungsbericht, werden einige Daten zur materiellen Deprivation abgefragt. Damit bietet das SOEP die Möglichkeit, exemplarisch die materielle Unterversorgung armer Haushalte zu beleuchten.

Materielle Unterversorgung ist aber nur *eine* Folge von Einkommensarmut; Letztere strahlt auf zahlreiche Lebensbereiche aus. Daran knüpft der Lebenslagenansatz an, der die direkt beobachtbaren Lebensbedingungen der Menschen berücksichtigt. Üblicherweise geht es dabei um fünf zentrale Lebenslagen, an denen sich auch der vorliegende Bericht orientiert (Voges 2002): 1. Einkommen bzw. Vermögen; 2. Erwerbstätigkeit; 3. Bildung; 4. Gesundheit und 5. Wohnen. Grundsätzlich kann der Lebenslagenansatz herangezogen werden, um Armut zu definieren. Ein Ansatz, der Armut über fünf Dimensionen hinweg erfasst, ist jedoch empirisch schwer umzusetzen. Er bietet vielmehr eine gute, theoretisch fundierte Möglichkeit, die Folgen von Einkommensarmut abzubilden und die Frage zu beantworten, wie sich die konkrete Situation der Armen in zentralen Lebensbereichen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung darstellt. So lässt sich eine weitere Facette der mit Armut verbundenen eingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabe aufzeigen.

Einkommensarmut und mit ihr das Unterschreiten des soziokulturellen Existenzminimums haben nicht nur objektiv sichtbare Folgen, sie spiegeln sich auch darin wider, wie Arme ihre Lebensumstände bewerten. Diese

2 Vielfach wird im Zusammenhang mit der 60%-Grenze der Begriff des „Armutsriskos“ verwendet, so etwa im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS 2021). Dabei wird angenommen, dass Haushalte, denen weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung stehen, nicht unbedingt arm, sondern nur einem besonderen Risiko ausgesetzt sind, arm zu werden. Dieser Annahme ist entschieden zu widersprechen: Personen mit einem Einkommen unterhalb der 60%-Grenze sind in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe so weit eingeschränkt, dass sie tatsächlich arm sind. Im WSI-Verteilungsbericht wird daher ausschließlich der Begriff der Armutsquote verwendet.

subjektiven Auswirkungen von Armut auf die Zufriedenheit mit zentralen Aspekten des Lebens werden wir später noch empirisch in den Blick nehmen. Konzeptionell sind solche Aspekte ein entscheidendes Element der unzureichenden gesellschaftlichen Integration der Armen. Gesellschaftliche Teilhabe kann durch fehlende sozioökonomische Ressourcen genauso eingeschränkt werden wie durch die subjektive Wahrnehmung, gesellschaftlich ausgeschlossen zu sein.

3 Daten und Methoden

Die Analysen in diesem Bericht basieren auf zwei Datensätzen: Dem SOEP sowie der Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“, im Folgenden HBS-Lebenslagenbefragung genannt.³

Im SOEP sind Informationen zu etwa 30 000 Personen in 15 000 Haushalten enthalten (DIW 2022). Die Befragung findet seit 1984 jährlich statt. Daten sind derzeit bis zur Erhebungswelle v37, die im Jahr 2020 durchgeführt wurde, verfügbar. Bei den Einkommensdaten ist zu beachten, dass sich diese auf das Vorjahr der jeweiligen Befragung beziehen. Konkret bedeuten die retrospektiv erhobenen Informationen, dass mit der aktuellen Befragungswelle noch keine Aussagen zur Entwicklung der Einkommen seit der Covid-19-Pandemie oder dem Ukraine-Krieg gemacht werden können. Einschränkend ist außerdem hinzuzufügen, dass das SOEP zwar zu den größten repräsentativen Erhebungen weltweit zählt, die Befragungseinheiten aber Privathaushalte sind und mithin keine Personen befragt werden, die in Gemeinschaftsunterkünften leben oder die wohnungslos sind. Für die Fragestellung, die im vorliegenden Verteilungsbericht untersucht wird, ist es daher wichtig anzumerken, dass das Ausmaß der Armut wie auch die Auswirkungen, die Armut für die Betroffenen hat, in Wahrheit sogar größer sein dürften. Gleichzeitig sind aber auch Topeinkommen im SOEP untererfasst, sodass auch Einkommensungleichheit unterschätzt wird.

Ähnliche Einschränkungen gelten für unsere zweite Datenquelle, die HBS-Lebenslagenbefragung. Hierfür wurden auf der Basis einer Zufallsauswahl aus der Grundgesamtheit der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren zwischen November 2020 und Januar 2021 insgesamt 4116 Personen telefonisch befragt. Erwerbstätige stehen im Fokus und wurden deshalb überproportional ins Sample gezogen. Dennoch sind knapp 30 % der Befragten in der HBS-Lebenslagenbefragung Erwerbslose oder Rentner*innen (Hövermann et al. 2022).

Die Aufbereitung der Einkommensdaten aus dem SOEP erfolgt in vier Schritten: Zunächst werden für das Haushaltsnettoeinkommen die gesamten Nettoeinkom-

men aller Haushaltsmitglieder summiert, also alle Erwerbs- und Kapitaleinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen, inklusive aller Transferzahlungen. Zusätzlich wird die *imputed rent* hinzuaddiert, also die fiktive Miethöhe von selbstgenutztem Wohneigentum, und in Preise von 2015 umgerechnet. Anschließend wird das Einkommen gemäß des Haushaltsbedarfs mit der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ gewichtet.⁴

In der HBS-Lebenslagenbefragung liegen die Einkommensdaten zum Teil nur für Einkommensklassen vor. In diesem Fall wird das Haushaltseinkommen über die Klassenmitten approximiert. Auch hier werden die Nettohaushaltseinkommen äquivalenzgewichtet. Damit bezieht sich Einkommen im Folgenden für die SOEP-Daten wie auch für die HBS-Lebenslagenbefragung immer auf das bedarfsgewichtete, verfügbare Haushaltsnettoeinkommen.

Für die Analysen zur Lebenssituation armer Menschen beschränken wir uns auf die Gruppe der dauerhaft Armen – definiert als die Personen, die zwischen 2015 und 2019 durchgehend ein Einkommen unterhalb der 60%-Armutsgrenze hatten. Das erhöht die Aussagekraft der Daten, da transitorische Armut nicht berücksichtigt wird. Solche vorübergehenden, kurzen Phasen von Armut führen nicht unbedingt gleich zu einer deutlichen Einschränkung der gesellschaftlichen Teilhabe, da nur zeitweise fehlende Ressourcen gegebenenfalls noch ausgeglichen werden können.

4 Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland 2010–2019

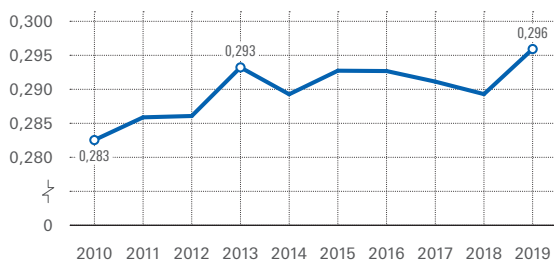
Um die Einbettung von Armut in die gesamtgesellschaftliche Verteilung zu berücksichtigen, ist es sinnvoll, sich zunächst der generelleren Frage zu widmen, wie die Einkommen in Deutschland insgesamt verteilt sind. Hierfür eignet sich ein Blick auf die Entwicklung des Gini-Koeffizienten (*Abbildung 1*). Dieser gibt an, wie ungleich Einkommen verteilt sind, und ermöglicht es, die Einkommensverteilungen über die Zeit zu vergleichen. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen null und eins annehmen: Der Wert null steht für die völlige Gleichverteilung,

3 Die Umfrage ist Teil eines laufenden Forschungsprojekts, das unter Leitung von Prof. Dr. Bettina Kohlrausch von der Hans-Böckler-Stiftung bis Ende 2024 gefördert wird (Projektnr. 2019-884-3).

4 Der Haushaltsvorstand erhält ein Gewicht von 1, jedes weitere Mitglied ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5. Kinder unter 14 Jahren werden mit 0,3 gewichtet. So erhält beispielsweise eine 5-köpfige Familie (Eltern, drei Kinder im Alter von 17, 15 und 12 Jahren) ein Gewicht von 2,8.

ABBILDUNG 1

Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2010–2019



WSI Mitteilungen

Quelle: SOEP v37; eigene Berechnungen

wenn also alle über gleich viel Einkommen verfügen; der Wert eins für extreme Ungleichverteilung, d. h.: Einer besitzt alles.

In den ersten vier Jahren des hier betrachteten Zeitraums ab 2010 findet ein fast kontinuierlicher Anstieg der Ungleichheit statt: von 0,283 (2010) auf 0,293 (2013). Zum Jahr 2018 geht der Koeffizient dann leicht auf knapp unter 0,29 zurück, erreicht jedoch 2019 mit einem Wert von 0,296 das bislang höchste Ausmaß an Ungleichheit. Auch vor 2010 lag der Gini-Koeffizient nie über diesem Wert; selbst in den Jahren der Massenarbeitslosigkeit Anfang der 2000er Jahre oder während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 war er nie höher als jetzt (Spannagel/Molitor 2019). Ob der deutliche Anstieg zwischen 2018 und 2019 den Beginn einer neuen Phase steigender Einkommensungleichheit ankündigt oder ob es sich hier nur um einen einmaligen Sprung handelt, lässt sich mit den aktuell verfügbaren SOEP-Daten nicht beantworten.

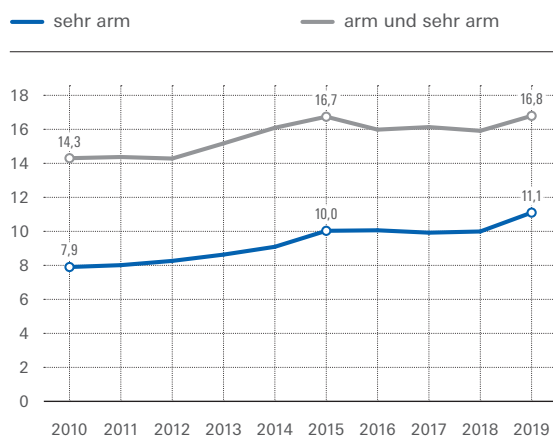
Ein deutlicher Anstieg zeigt sich bei den Armutsquoten (Abbildung 2): Sowohl der Anteil der Armen als auch der der sehr Armen, also der Personen mit einem verfügbaren Haushaltseinkommen, das unter 50% des Medianeinkommens liegt, erreicht im Jahr 2019 einen neuen Höchststand: In diesem Jahr sind fast 16,8% der Deutschen von Armut betroffen, mehr als 11% sind sehr arm. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums waren 14,3% der Bevölkerung arm und weniger als 8% sehr arm.

Seit 2010 ist die Armutsquote also um 2,5 Prozentpunkte gestiegen, bei großer Armut beträgt der Anstieg sogar über drei Prozentpunkte. In weniger als zehn Jahren lässt sich folglich eine relative Zunahme um 17,5% bzw. 40% feststellen. Auffällig ist dabei, dass die Gruppe der sehr Armen – absolut wie auch relativ betrachtet – noch stärker gewachsen ist als die Gesamtgruppe der Armen. Der Anstieg bei der Gesamtgruppe konzentriert sich auf die Jahre 2012 bis 2015. Die Zahl der sehr Armen wächst bereits ab dem Jahr 2010. In beiden Gruppen ist die Zu-

ABBILDUNG 2

Einkommensarmut in Deutschland, 2010–2019

Angaben in Prozent



WSI Mitteilungen

Quelle: SOEP v37; eigene Berechnungen

Anmerkung: Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60% des Medianeinkommens (Gesamtgruppe der Armen) bzw. weniger als 50% (Teilgruppe der sehr Armen) leben

nahme nach 2015 etwas gebremst.⁵ Zum letzten Jahr hin zeigt sich dann erneut jeweils ein deutlicher Anstieg. Auch hier gilt wieder wie schon beim Gini-Koeffizienten: Die Zunahme zwischen 2018 und 2019 kann sehr wohl der Beginn einer neuen Phase steigender Armut sein, kann aber auch eine einmalige Entwicklung darstellen. Erste Hinweise aus anderen Datenquellen deuten aber darauf hin, dass der Anstieg sich fortsetzt (Grabka 2022, S. 336). Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen in Deutschland scheint eine solche Annahme plausibel.

4.1 Lebenslagen der Armen

Um die vielschichtigen Auswirkungen beleuchten zu können, die Einkommensarmut für die Betroffenen hat, knüpfen wir an den Lebenslagenansatz an und greifen die fünf zentralen Lebenslagen auf, anhand derer sich darstellen lässt, was es bedeutet, in Deutschland arm zu sein.

Als erstes ist die Einkommens- bzw. Vermögensdimension zu nennen. Es ist allerdings wenig sinnvoll, die Einkommenssituation der Armen hier näher zu betrachten; ein niedriges Einkommen ist per Definition für Armut kennzeichnend. Einkommensarmut geht aber zusätzlich auch häufig mit einem geringen oder gar nicht vor-

5 Der deutliche relative und absolute Anstieg der Armut zwischen 2012 und 2015 ist vor allem auf die Ankunft von Geflüchteten in Deutschland zurückzuführen, die im SOEP durch die „Geflüchtetenamples“ repräsentiert sind (vgl. hierzu Spannagel/Zucco 2022, S. 9).

handenen Vermögen einher: Denn wer nur ein geringes Einkommen erzielt, kann kaum Vermögen ansparen. Bei Einkommensausfall oder bei anfallenden größeren Ausgaben ist es dann erforderlich, auf das wenige Angesparte zurückzugreifen oder gegebenenfalls sogar Schulden aufzunehmen (Statistisches Bundesamt 2021).

Als Erweiterung der Einkommens- und Vermögensdimension richten wir den Blick deshalb auch auf die materielle Deprivation – also die materiellen Mangelagen – der Armen (Abbildung 3). Hier zeigen die Daten deutliche materielle Defizite bei der armen Bevölkerung: So verzichtet jede*r zweite Arme aus finanziellen Gründen gänzlich auf Urlaubsreisen. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung betrifft das nur jede zehnte Person. Noch drastischer zeigt sich die materielle Deprivation der Armen bei alltäglichen Grundgütern. Während es sich in der Gesamtbevölkerung nur insgesamt 2,4 % finanziell nicht erlauben können, neue Kleidung zu erwerben, ist der Anteil in der armen Bevölkerung sechsmal höher (14,4 %). Zudem können es sich 5 % der Armen nicht leisten, ihre Wohnung zu heizen. Durch die aktuell stark steigenden Energiepreise dürfte dieser Anteil inzwischen höher sein. Ein weiterer Aspekt materieller Deprivation bei den Armen: 3 % geben an, sich nicht mal ein zweites Paar Straßenschuhe leisten zu können – in der Gesamtbevölkerung betrifft das nur einen verschwindend geringen Anteil. Dabei ist an dieser Stelle noch einmal explizit darauf hinzuweisen, dass das hier dargestellte Ausmaß an materieller Deprivation sehr wahrscheinlich unterschätzt ist, da im SOEP Personen ohne festen Wohnsitz nicht erfasst werden.

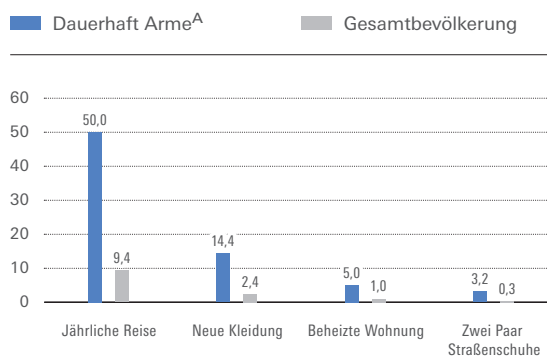
Auch in der Lebenslage „Bildung“ erfahren Arme deutliche Einschränkungen. Hier greifen wir das Konzept der Bildungsarmut auf, welches das Nicht-Erreichen eines Mindestmaßes an Bildungs Kompetenzen oder -zertifikaten beschreibt. Arme haben oft nur niedrige formale Bildungsabschlüsse – so haben zwar auch in der Gesamtbevölkerung 34 % gar keinen Schulabschluss bzw. maximal einen Hauptschulabschluss, unter den Armen sind es jedoch 55 % (Spannagel/Zucco 2022). Gerade Hauptschulabsolvent*innen oder Personen ohne Schulabschluss sehen sich beim Übergang in die berufliche Ausbildung mit großen Hürden konfrontiert (Kohlrausch 2019). Dies hat zur Folge, dass ein wesentlicher Teil dieser Personen nach Ende der Schulzeit keine vollqualifizierende berufliche Ausbildung beginnen kann (ebd.).

Eine weitere wichtige Lebenslage, in der sich Einkommensarmut bemerkbar macht, ist die Erwerbsarbeit. Bereits der Umfang der Erwerbstätigkeit ist bei Armen oft vermindert, auch die Arbeitsbedingungen sind vielfach schlechter (Spannagel/Zucco 2022): Nur 34 % der Armen arbeiten in einem mitbestimmten Betrieb, in der Gesamtbevölkerung sind es 57 %. Zudem haben sie häufiger Jobs mit einer geringen beruflichen Autonomie und vergleichsweise oft üben sie eine Tätigkeit in einem befristeten Arbeitsverhältnis aus. Eine solche Anstellung

ABBILDUNG 3

Facetten materieller Deprivation

Anteil der Personen, die sich ein Item nicht leisten können, in Prozent



A Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen leben, das zwischen 2015 und 2019 durchgängig unter 60 % des Medianeinkommens lag

WSI Mitteilungen

Quelle: SOEP v37; eigene Berechnungen

ist mit einer großen Arbeitsplatzunsicherheit verbunden und birgt Risiken für zukünftige Erwerbchancen. Befristet Beschäftigte nehmen seltener an Weiterbildungsmöglichkeiten teil und ihre Löhne weisen eine geringere Steigerung auf als die von unbefristet Beschäftigten. Sie haben zudem innerhalb des Betriebs eine schlechtere Verhandlungsposition. Außerdem kann eine befristete Beschäftigung von potenziellen neuen Arbeitgebern negativ bewertet werden (Auer et al. 2015).

Armut schlägt sich auch in der Wohnsituation der Betroffenen nieder. Am drastischsten zeigt sich dies bei Wohnungslosigkeit. Diese betraf im Jahr 2018 in Deutschland etwa 678 000 Personen (BMAS 2021, S. 495). Allerdings beruhen diese Zahlen auf Schätzungen, da Wohnungslose schwer zu erfassen sind und es bislang keine offizielle Wohnungslosenstatistik gibt (Dittmann/Drilling 2019, S. 285f.). Doch auch für diejenigen, die eine Wohnung haben, ist Armut mit schlechteren Wohnbedingungen verbunden. Das wird zum Beispiel bei der Größe der Wohnung deutlich: Eine alleinlebende, arme Person lebt im Schnitt auf lediglich 45 m². Wer reich ist, verfügt fast über 100 m², in der Gesamtbevölkerung sind es 66 m² (Spannagel/Zucco 2022, S. 14f.). Ärmere Personen leben aber nicht nur in kleineren Wohnungen, sie haben auch eine deutlich geringere Wohnqualität. So zeigen Auswertungen von Spellerberg und Giehl (2019), dass 4 % der armen städtischen Bevölkerung auf Teile der Standardausstattung (WC, Bad oder Dusche, Heizung) verzichten müssen. Hinzu kommt, dass arme Haushalte deutlich häufiger in renovierungsbedürftigen Wohnungen leben (ebd., S. 277).

Nicht zuletzt ist Armut auch mit deutlichen negativen Folgen für den Gesundheitszustand verbunden.

Es ist schon lange bekannt, dass Armut mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für chronische Krankheiten wie Herzerkrankungen, Diabetes Mellitus oder chronischer Bronchitis, aber auch einem höheren Risiko für Krebserkrankungen und psychische Störungen einhergeht (u. a. Lampert 2019). All dies resultiert in einem erhöhten Mortalitätsrisiko der Armen (ebd.).

Die hier abgebildeten nachteiligen Lebensbedingungen der Armen belegen eine objektiv messbare eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe. Inwiefern diese Benachteiligungen sich auf die wahrgenommene Lebensqualität der Betroffenen auswirken und welche Folgen sie für die politische Integration der Armen haben, analysiert der folgende Abschnitt.

4.2 Subjektive Folgen von Armut

Armut schlägt sich auch darin nieder, wie Arme ihr Leben und ihre Umwelt wahrnehmen und bewerten. So sind Arme mit ihrem Leben an sich unzufriedener als die Gesamtbevölkerung (Spannagel/Zucco 2022). Dabei gilt: Die Lebenszufriedenheit ist umso geringer, je höher die Armutsintensität ist, d. h. je weniger Geld einer Person zur Verfügung steht (Böhnke/Esche 2019). Die erhöhten objektiven Gesundheitsrisiken der Armen wiederum machen sich in einer geringeren Zufriedenheit mit dem eigenen Gesundheitszustand bemerkbar. Weitere Analysen belegen außerdem, dass Arme im Vergleich zur Gesamtbevölkerung häufiger traurig oder ängstlich sind (ebd.).

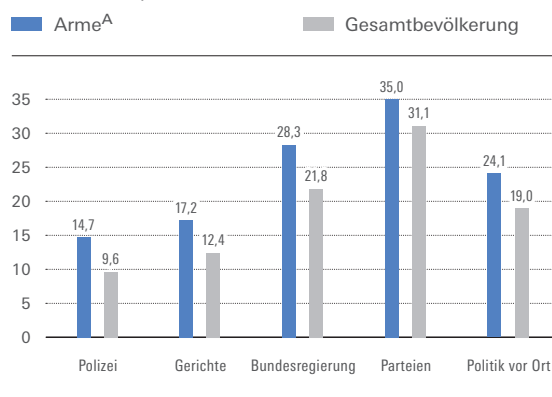
Darüber hinaus haben zunehmende Armut und Einkommensungleichheit auch direkte Effekte auf das demokratische System und führen zu einem Vertrauensverlust in politische und staatliche Institutionen (Abbildung 4). So geben 15 % der Armen an, kein Vertrauen in die Polizei zu haben. Das sind fünf Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der deutschen Bevölkerung; ganze 17 % der Armen haben kein oder wenig Vertrauen in Gerichte (Durchschnitt: 12 %). Ebenfalls erheblich ist das Defizit an Vertrauen in politische Institutionen: Rund jede*r vierte Arme – und somit sieben bzw. fünf Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt – hat kein oder nur wenig Vertrauen in die Bundesregierung bzw. in die Politik vor Ort. Den Parteien generell misstraut sogar mehr als jede*r dritte Arme; auch hier liegt das Misstrauen der Armen wieder über dem Wert der deutschen Gesamtbevölkerung (31 %).

Dieses geringe Vertrauen in politische Institutionen, insbesondere in politische Akteure, kann auch auf Erfahrungen eines Repräsentationsdefizits und des „Nicht-gehört-Werdens“ beruhen. Zumindest zeigt eine Studie von Elsässer et al. (2016), dass es deutliche Unterschiede in der Responsivität der Politik je nach Einkommensgruppen gibt. Denn politische Entscheidungen richten sich deutlich häufiger an den Präferenzen der gut verdienenden Bürger*innen aus. Die Belange der unteren Einkommensgruppen hingegen haben eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit, in der Politik umgesetzt zu werden.

ABBILDUNG 4

Geringes Vertrauen in politische Institutionen unter Armen und in der Gesamtbevölkerung, 2020

Anteil der Zustimmung zu „wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen, in Prozent



A Personen, die in Haushalten leben, deren verfügbares Einkommen unter 60 % des Medianeinkommens liegt

Quelle: HBS-Lebenslagendaten, eigene Berechnungen

WSI Mitteilungen

Diese Unterschiede in der Responsivität wirken sich auch auf die demokratische Beteiligung aus: Vor allem unter den Einkommensarmen stieg der Anteil der Nichtwähler*innen zwischen 1980 und 2013 deutlich an (Schäfer 2015). Zudem glauben nur 59 % der Armen, dass die Demokratie in Deutschland im Großen und Ganzen noch gut funktioniert; und lediglich 68 % halten sie für die beste Staatsform. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung liegen die Zustimmungswerte bei diesen Aussagen bei 70 % bzw. 82 %.⁶ Es ist zu vermuten, dass dieser Zustimmungswert sogar etwas überschätzt wird, weil es die Querschnittsdaten nicht erlauben, zwischen dauerhafter und transitorischer Armut zu unterscheiden. Die Unzufriedenheit dürfte bei jenen am größten sein, die über einen längeren Zeitraum Armutserfahrungen gemacht haben. Die markanten Unterschiede zwischen den Armen und der Gesamtbevölkerung weisen darauf hin, dass die gefühlte Ohnmacht, die Armut mit sich bringt, nicht folgenlos für unser demokratisches Gemeinwesen bleibt. Dies zeigt sich auch, wenn man sich die Verbreitung populistischer Einstellungen in der armen Bevölkerung anschaut (vgl. hierzu Zick/Küpper 2021). Die HBS-Lebenslagendaten belegen ein deutliches populistisches Potenzial (Tabelle 1).

Einerseits haben Arme verstärkt den Eindruck, dass demokratische Parteien alles zerreden und Probleme

6 Eigene Berechnungen auf Basis der HBS-Lebenslagenbefragung, 2020–2021.

nicht lösen (gut 38 % gegenüber knapp 32 % der Gesamtbevölkerung). Andererseits bringen die Armen den Politiker*innen auch weniger Vertrauen entgegen. So geht knapp jede*r zweite Arme davon aus, dass Politiker*innen die bestehenden Gesetze umgehen, wenn es um ihren Vorteil geht, bzw. dass sie sich mehr Rechte herausnehmen als normale Bürger*innen (ca. 54 %). Die Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und den Armen sind mit acht bzw. zehn Prozentpunkten bemerkenswert hoch und unterstreichen den Zusammenhang von (gefühlter) gesellschaftlicher Ausgrenzung und politischem Misstrauen.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die in diesem Abschnitt dargestellten Daten keine kausalen Schlüsse zulassen. Es gibt aber zahlreiche Studien, die mit entsprechenden empirischen Methoden nachweisen, dass eine geringere Lebenszufriedenheit und ein schlecht eingeschätzter Gesundheitszustand tatsächlich eine Folge von Armut sind (vgl. hierzu u. a. Böhnke/Esche 2019). Es ist auch belegt, dass die (gefühlte) verminderte gesellschaftliche Teilhabe oder die Angst davor zu einer Abwendung von der Demokratie führen (Hilmer et al. 2017). Damit zeigt sich, dass Armut viel mehr ist als ein rein individuelles Schicksal. Ungleichheit kann auch ein Problem für die gesamte Gesellschaft werden, wenn sie die tragende Säule der Demokratie zum Wanken bringt.

5 Fazit und politische Implikationen

Im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung heißt es: „Ein geringes Einkommen [gemeint ist ein verfügbares Einkommen von weniger als 60 % des Medians, d. Verf.] kann auf eine eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe des betroffenen Haushalts hindeuten“ (BMAS 2021, S. 479). Der diesjährige Verteilungsbericht widerspricht dieser relativierenden Perspektive. Es zeichnet sich klar ab: Arme haben insgesamt unvorteilhaftere Lebensbedingungen, nehmen dies auch wahr und sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich unzufriedener mit ihrem Leben. Sie sind, anders als es der Armuts- und Reichtumsbericht nahelegt, aufgrund ihrer Einkommensarmut tatsächlich in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt.

Die Analysen im vorliegenden Bericht belegen: Armut ist in der letzten Dekade deutlich angestiegen. Im Jahr 2019 waren so viele Menschen in Deutschland von Armut betroffen wie nie zuvor. Armut geht dabei weit über Einkommensarmut hinaus. Arm zu sein in Deutschland bedeutet in der Regel auch, weniger Bildungskompetenzen zu erwerben, unter schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten, auf kleinerem Wohnraum zu leben und einen schlechteren Gesundheitszustand zu haben. Darüber hinaus sehen wir – und spätestens an dieser Stelle wird klar,

TABELLE 1

Populistische Einstellungen unter Armen und in der Gesamtbevölkerung, 2020

Anteil der Zustimmung zu „voll und ganz“ oder „eher“, in Prozent

	Arme ^A	Gesamtbevölkerung
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht	38,4	31,8
Politiker umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihren Vorteil geht	49,2	41,4
Politiker nehmen sich mehr Rechte raus als normale Bürger	54,5	44,5

A Personen, die in Haushalten leben, deren verfügbares Einkommen unter 60 % des Medianeinkommens liegt

Quelle: HBS-Lebenslagenbefragung, eigene Berechnungen

WSI Mitteilungen

dass all dies ein gesamtgesellschaftliches Problem ist – ein geringes Vertrauen dieser Bevölkerungsgruppe in die Politik. Ein zentraler Erklärungsfaktor hierfür ist, dass sich politische Entscheidungen zunehmend an den Interessen der reichen bzw. reicheren Einkommensschichten ausrichten und die Anliegen der armen Bevölkerungsgruppen systematisch übersehen (Elsässer et al. 2016). Als Folge sinkt das Vertrauen der Armen in unsere Demokratie und unsere politischen Institutionen.

Besorgniserregend ist, dass die Lage der Armen, wie sie hier skizziert wird, noch weitgehend die Situation vor der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg abbildet. Seitdem hat sich die Welt massiv verändert. Die aktuellen und vielschichtigen Krisen verschärfen auch in Deutschland die soziale Situation massiv und wirken auf die oben dargestellten Trends wie eine Art Brandbeschleuniger.

Die Corona-Krise hat vor allem Menschen ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Minijobber*innen und kleine Selbstständige erheblich getroffen (Kohlrausch et al. 2020). Der Krieg in der Ukraine wiederum treibt die Energiepreise in exorbitante Höhen, worunter insbesondere einkommensschwache Haushalte leiden (Behringer/Dullien 2022). Auch die rasant steigende Inflation trifft vor allem Haushalte am unteren Ende der Einkommenshierarchie hart (Dullien/Tober 2022). Sie geben einen Großteil ihres ohnehin knappen Einkommens für ihren alltäglichen Bedarf aus und sehen sich inzwischen vielfach gezwungen, massiv zu sparen: 28 % der Haushalte mit niedrigem Einkommen planen, bedeutend weniger zu heizen, und 18 % werden ihre Ausgaben für Nahrungsmittel maßgeblich senken. Aber auch Haushalte im mittleren Einkommensbereich müssen sich mittlerweile finanziell einschränken (Behringer/Dullien 2022). Schon dieses knappe Schlaglicht auf aktuelle Entwicklungen legt nahe, dass die soziale Schieflage inzwischen deutlich größer ist, als die hier ausgewerteten Daten vermuten lassen.

Gesellschaftspolitisch ergibt sich aus diesen Befunden ein klarer Auftrag: Armut muss bekämpft werden – in all

ihren Facetten. Auch arme Menschen müssen in Deutschland die Chance haben, vollumfänglich an der Gesellschaft teilzuhaben. Um dies nachhaltig zu erreichen, sind fünf Maßnahmen von besonderer Bedeutung:

(1) *Höhere Löhne für Geringverdienende durch Stärkung der Tarifbindung und Rückbau des Niedriglohnssektors:* Erwerbseinkommen sind für viele Haushalte die Haupteinkommensquelle, weswegen unzureichende Erwerbseinkommen oft direkt zu Einkommensarmut führen. Deswegen gilt es, die Löhne am unteren Ende der Einkommensverteilung zu erhöhen. Dazu sollte erstens die Tarifbindung gestärkt werden, da in tarifgebundenen Betrieben die Löhne am unteren Ende tendenziell höher sind. Zweitens gilt es, den Niedriglohnsektor langfristig zu reduzieren. Dafür ist die bereits vereinbarte stufenweise Anhebung des Mindestlohns auf 12 € pro Stunde ein wichtiger Schritt. Langfristig aber sollte sich der Mindestlohn an relativen Größen orientieren. Die Europäische Kommission etwa empfiehlt, den Mindestlohn bei mindestens 60 % des Medianlohns anzusetzen (Lübker/Schulten 2021).

(2) *Anhebung der Grundsicherung auf ein armutsfestes Niveau:* Leider liegen zahlreiche Haushalte bzw. Bedarfsgemeinschaften mit Arbeitslosengeld-II-Bezug (ALG II) auch inklusive der Kosten für Wohnen und Heizen unterhalb der Einkommensarmutsgrenze (Marchal/Siöland 2019). ALG II ist in seiner jetzigen Form nicht ausreichend, um Armut zu bekämpfen. Die Regelsätze müssen daher so weit angehoben werden, dass sie Einkommensarmut tatsächlich verhindern.

(3) *Förderung von sozialem Wohnraum und gut durchdachtes Quartiersmanagement:* Angesichts stark steigender Mieten besteht ein großer Bedarf an der Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Diese muss so gestaltet sein, dass es nicht zu einer weiteren sozialräumlichen Segregation kommt. Wohnquartiere sollten so konzipiert sein, dass sie gezielt eine heterogene Bewohner*innen-Struktur fördern.

(4) *Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:* Wenn Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind, profitieren zwei Bevölkerungsgruppen ganz besonders davon: Familien mit nur einem (Vollzeit-)Erwerbseinkommen sowie Alleinerziehende – beides Haushaltstypen, die überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Deswegen gilt es, Sorge- und Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen: Maßnahmen hierzu sind etwa Reformen im Steuerrecht (Ehegattensplitting) oder Maßnahmen zur Förderung egalitärer Sorgemodelle sowie Arbeitszeitmodelle, die die Zeitautonomie der Beschäftigten erhöhen.

(5) *Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Geringverdienende:* Gerade Personen im unteren Einkommensbe-

reich arbeiten oft in atypischer Beschäftigung, haben befristete Stellen oder lediglich Minijobs. Hier muss gezielt der Übergang in sichere und angemessen bezahlte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefördert werden. Eine passgenaue Weiterqualifizierung von Menschen an den Rändern des Arbeitsmarktes ist ein weiterer wichtiger Baustein. Hier müssen ganz besonders Migrant*innen in den Fokus genommen werden. So können der *Mismatch* auf dem Arbeitsmarkt bekämpft (Stichwort: Fachkräftemangel) und Menschen ihren Qualifikationen entsprechend in Jobs vermittelt werden.

Eine klug abgestimmte Kombination dieser fünf Maßnahmen wäre ein entscheidender Schritt hin zu einer nachhaltigen Bekämpfung und Vermeidung von Armut. Auch die zahlreichen negativen Folgen, die Einkommensarmut für die Betroffenen hat, ließen sich so abmildern. Natürlich gibt es viele weitere Punkte, die ergänzend aufzuführen wären. Aufgrund der hier gebotenen Kürze können jedoch nur die allerwichtigsten Ansatzpunkte zur Armutsbekämpfung skizziert werden. Was aber klar geworden sein dürfte: Armut beschränkt sich nicht auf einen Mangel an finanziellen Ressourcen, sondern grenzt Menschen in vielerlei Hinsicht aus der Gesellschaft aus. Die dargestellten Befunde weisen zudem auch auf eine Gefahr für das demokratische Miteinander in Deutschland hin: Unsere Demokratie ist auf politische Partizipation und das breite Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung angewiesen. Aber genau dieses droht zu erodieren, wenn sich Arme aus der Gesellschaft ausgegrenzt und von der Politik alleingelassen fühlen. Insbesondere in Krisenzeiten drohen politische Kippunkte, wenn gerade die Ärmsten das Gefühl haben, außen vor gelassen zu werden.

Eine rein finanzielle Lösung zur nachhaltigen Bekämpfung und Vermeidung von Armut kann es nicht geben. Armut muss genauso mehrdimensional bekämpft werden, wie sie es in ihren Folgen für die Betroffenen auch ist. Hier sind bildungspolitische Ansätze ebenso gefragt wie eine inklusive Arbeitsmarktpolitik oder ein nachhaltiges Quartiersmanagement. So können die Armen wieder stärker in die Mitte der Gesellschaft integriert und weitere soziale Spaltungen abgemildert werden – in Krisenzeiten, wie wir sie derzeit erleben, ist dies wichtiger denn je. ■

LITERATUR

- Auer, W. / Danzer, N. / Fichtl, A.** (2015): Ökonomische Unsicherheit: Befristete Verträge erschweren Familiengründung, in: ifo Schnelldienst 68 (18), S. 35–41
- Becker, I.** (2017): Kritik am Konzept relativer Armut – berechtigt oder irreführend?, in: WSI-Mitteilungen 70 (2), S. 98–107, https://www.wsi.de/data/wsimit_2017_02_becker.pdf
- Becker, I. / Schmidt, T. / Tobsch, V.** (2022): Wohlstand, Armut und Reichtum neu ermittelt. Materielle Teilhabe aus mehrdimensionaler Perspektive – Bericht zum ersten Modul des Projekts „Materielle Teilhabe im Lebensverlauf“. Hans-Böckler-Stiftung: Study 472, Düsseldorf
- Behringer, J. / Dullien, S.** (2022): Energiepreisschock: Besonders Geringverdiener wollen Konsum deutlich einschränken. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 125, Düsseldorf
- Böhnke, P. / Esche, F.** (2019): Armut und subjektives Wohlbefinden, in: Böhnke, P. / Dittmann, J. / Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 235–246
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)** (2021): Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht. Lebenslagen in Deutschland, Berlin
- Cremer, G.** (2022): Armutsrisiko nicht mit Armut gleichsetzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Juli 2022, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/warum-armutsrisiko-nicht-mit-armut-gleichzusetzen-ist-18149307.html> (letzter Zugriff: 02.08.2022)
- Dittmann, J. / Drilling, M.** (2019): Armut und Wohnungslosigkeit, in: Böhnke, P. / Dittmann, J. / Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 282–293
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)** (2022): SOEP – Kurzportrait, https://www.diw.de/de/diw_01.c.615551.de/forschungsbasierte_infrastruktureinrichtung__sozio-oekonomisches_panel__soep.html (letzter Zugriff: 22.07.2022)
- Dullien, S. / Tober, S.** (2022): IMK Inflationsmonitor. Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln dominieren auch im April 2022. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 123, Düsseldorf
- Elsässer, L. / Hense, S. / Schäfer, A.** (2016): Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015, Bonn, https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/endbericht-systematisch-verzerrte-entscheidungen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (letzter Zugriff: 22.07.2022)
- Europäischer Rat** (1984): Beschluss des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene, 85/8 EWG, Brüssel
- Grabka, M. M.** (2022): Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen, in: DIW Wochenbericht 23/2022, S. 329–337
- Hilmer, R. / Kohlrausch, B. / Müller-Hilmer, R. / Gagné, J.** (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung Nr. 044, Düsseldorf
- Hövermann, A. / Kohlrausch, B. / Voss, D.** (2022): Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen. Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung Nr. 241, Düsseldorf
- Kohlrausch, B.** (2019): Armut und Bildung, in: Böhnke, P. / Dittmann, J. / Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 177–188
- Kohlrausch, B. / Zucco, A. / Hövermann, A.** (2020): Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 62, Düsseldorf
- Lampert, T.** (2019): Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit, in: Böhnke, P. / Dittmann, J. / Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 225–234
- Lübker, M. / Schulten, T.** (2021): WSI-Mindestlohnbericht 2021. Ist Europa auf dem Weg zu angemessenen Mindestlöhnen? Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 63, Düsseldorf
- Marchal, S. / Siöland, L.** (2019): A Safety Net that holds? Tracking Minimum Income Protection Adequacy for the Elderly, the Working and the Non-working of Active Age. Herman Deleeck Centre for Social Policy: Working Papers Nr. 1909, Antwerpen
- Schäfer, A.** (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a. M. / New York

- Spannagel, D. / Molitor, K.** (2019): Einkommen immer ungleicher verteilt. WSI-Verteilungsbericht 2019. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 53
- Spannagel, D. / Zucco, A.** (2022): Armut grenzt aus. WSI-Verteilungsbericht 2022, Düsseldorf (im Erscheinen)
- Spellerberg, A. / Giehl, C.** (2019): Armut und Wohnen, in: Böhnke, P. / Dittmann, J. / Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 270–281
- Statistisches Bundesamt** (2021): Arbeitslosigkeit häufigster Auslöser für Überschildung, Pressemitteilung vom 27. Mai 2021
- Ullrich, C. G.** (2005): Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung, Frankfurt a. M. / New York
- Voges, W.** (2002): Perspektiven des Lebenslagenkonzepts, in: Zeitschrift für Sozialreform 48 (3), S. 262–278
- Zick, A. / Küpper, B.** (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn

AUTORINNEN

DOROTHEE SPANNAGEL, Dr., Referatsleiterin für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Armuts- und Reichtumsforschung, Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik.

@ dorothee-spannagel@boeckler.de

ALINE ZUCCO, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik, Geschlechterungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt.

@ aline-zucco@boeckler.de